



Lothar Höbelt

Die Heimwehren und die österreichische Politik 1927—1936

Vom politischen „Kettenhund“
zum „Austro-Fascismus“?

Mit Bildern aus dem Archiv
von Mario Strigl



ARES VERLAG

Lothar Höbelt

**Die Heimwehren und
die österreichische
Politik 1927-1936**

**Vom politischen
„Kettenhund“
zum „Austro-Fascismus“?**

**Mit Bildern aus dem Archiv
von Mario Strigl**

ARES VERLAG

Umschlagabb. Vorderseite: Großkundgebung der Heimwehren in Wien am 14. Mai 1933; im Bild: Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (l.) und Heimwehrführer Ernst Rüdiger Starhemberg (Archiv Ecotext Verlag, Wien)

Umschlagabb. Rückseite: v. l. n. r.: Feldmesse in Korneuburg am 18. Mai 1930 (Archiv des Verlages); die Putschisten Steidle (l.) und Pfrimer (Mitte) (Archiv Mario Strigl); Feldmesse in Schönbrunn bei der Türkenbefreiungsfeier am 14. Mai 1933: Rintelen, Starhemberg, Fürstin Marilies Starhemberg, Fürstin Fanny Starhemberg, Dollfuß, Vaugoin (v. l. n. r.); rechts im Hintergrund: Schuschnigg (entnommen aus: Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck [Hrsg.]: Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Wien 1975)

Abb. Innenteil: Thomas Höbelt: 160, 178, 275 | Entnommen aus: Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck (Hrsg.): Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Wien 1975: 139, 215, 243, 257, 271, 362 | Entnommen aus: Robert Kriechbaumer: Ein Vaterländisches Bilderbuch, Wien - Köln - Weimar 2002: 291, 319, 349 | Archiv Maria Kröhn: 141 | Bildarchiv Nationalbibliothek: 121, 127, 195, 229 | Archiv Mario Strigl: 27, 30, 37 oben, 47-49, 75, 87, 101, 197, 270, 281, 295, 303, 311, 355, 365, 369, 371, 387, 399, 403 | Archiv des Verfassers: 118, 207, 230, 321

Alle anderen Abb.: Archiv des Verlages

Wir haben uns bemüht, bei den hier verwendeten Bildern die Rechteinhaber ausfindig zu machen. Falls es dessen ungeachtet Bildrechte geben sollte, die wir nicht recherchieren konnten, bitten wir um Nachricht an den Verlag. Berechtigte Ansprüche werden im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Hinweis: Dieses Buch wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt. Die zum Schutz vor Verschmutzung verwendete Einschweißfolie ist aus Polyethylen chlor- und schwefelfrei hergestellt. Diese umweltfreundliche Folie verhält sich grundwasserneutral, ist voll recyclingfähig und verbrennt in Müllverbrennungsanlagen völlig ungiftig.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne kostenlos unser Verlagsverzeichnis zu:

ARES Verlag

Hofgasse 5 / Postfach 189

A-8011 Graz

Tel.: +43 (0)316/82 16 36

Fax.: +43 (0)316/83 56 12

E-Mail: ares-verlag@ares-verlag.com

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

www.ares-verlag.com

ISBN 978-3-902732-66-8

eISBN 978-3-990810-90-3

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, des auszugsweisen Nachdrucks oder der Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art, sind vorbehalten.

© Copyright by Ares Verlag, Graz 2016

Layout: Ecotext-Verlag, Mag. Schneeweiß-Arnoldstein, A-1010 Wien

Gesamtherstellung: Christian Theiss GmbH, A-9431 St. Stefan

Printed in Austria

Inhalt

Vorwort: Rouge et noir?

I. Einleitung:

Die „österreichische Revolution“ und die „Selbstschutzverbände“

II. Die unwiderstehliche Volksbewegung (1927-29)

Der Kontext des 15. Juli 1927 – Einheitsliste und Obstruktion

Der Marsch auf Wiener Neustadt, oder: Alle Wege führen nach Rom

Die Heimwehren, die Parteien und die Verfassung Starhemberg und die alten Eliten

Der Marsch auf Wien: Von Sankt Lorenzen zum Schottenring

Das Kabinett Schober: „Endlich eine Regierung“
Teilerfolg oder Katzenjammer? „Eine saubere Ohrfeige“

III. Von den Heimwehren zum Heimatblock (1930)

„Richtung und Gesetz der Heimatwehren“: Das Korneuburger Gelöbnis

Schobers Retourkutsche: „Waldemärchens“
Ausweisung

Gegenläufige Entwicklungen: Der Sturz Steidles
und der Sturz Schobers
Der Griff nach der Macht? Vizekanzler
Starhemberg
Der Heimatblock und die Wahlen

IV. Die Krise (1931)

Die Spaltung der Heimwehren
Das Starhembergsche Interregnum und das Rätsel
Pfrimer
„Die große Krise im kleinen Land“: Der
Zusammenbruch der Creditanstalt
„Eine getürkte Sache“: Der Pfrimer-Putsch
„Mit Schober nicht ein Sous“: Das Ende des
Bürgerblocks

V. Die letzte Chance (1932-1934)

Mit „Ach und Krach“ in die Regierung
„Treue um Treue“: Die Festigung der Achse Dollfuß
- Starhemberg
Der Konflikt mit Habicht und der Falke Fey
„Im Beförderungswege kaltstellen“: Hoch- oder
Scheinkonjunktur der Heimwehren?

V. Das Gelobte Land und die Vertreibung aus dem Paradies

„Austro-Fascismus“? Vaterländische Front und
„Ständestaat“
Der Juliputsch und die Folgen: Keine
Machtergreifung
Die Heimwehren an der Macht? Proporz ohne
Parteien
Die Reichsidee als Rettungsanker?

Die Heimwehren ohne Wehr: Der Sturz
Starhembergs

Exkurs: Das Juli-Abkommen

„Wenn es sein muß, in Wöllersdorf“: Das Ende der
Heimwehren

VI. Das Leben nach dem Tode

VII. Resümee

Anmerkungen

Abkürzungsverzeichnis

Quellen- und Literaturverzeichnis

Namenregister

„Wer über Geschichte schreibt,
soll sich nicht aufführen,
als wäre er das Jüngste
Gericht.“

Günter Steinbach,
Kanzler, Krisen,
Katastrophen (2006)

Vorwort: Rouge et noir?

„Hasch“ und „Resch“, Heimatschutz und Republikanischer Schutzbund, die beiden berühmt-berüchtigten paramilitärischen Verbände der Ersten Republik, haben Eingang gefunden in die volkstümliche Überlieferung als Gegensatzpaar, von Schattendorf und dem Justizpalastbrand 1927 bis zum 12. Februar 1934. Nun ließe sich natürlich gleich anfangs einwenden: In Schattendorf war die Heimwehr überhaupt nicht beteiligt, sondern die Frontkämpferversammlung; am Bürgerkrieg vom Februar 1934 war die Heimwehr bloß als Assistenzkorps beteiligt, die Hauptlast der Kämpfe trugen die staatliche Exekutive, Polizei, Gendarmerie und Bundesheer. Gleichwohl, das weit gravierendere Mißverständnis liegt in der optischen Täuschung, wie sie von der politischen Farbenlehre Österreichs ausgeht: Der Republikanische Schutzbund war die „Parteiarmee“ der Sozialdemokratie – folglich muß es sich bei der Heimwehr um ihr „schwarzes“ Äquivalent handeln. Allzuvielen Darstellungen sind nach wie vor, zumindest unterschwellig,

von diesem auf den ersten Blick so einleuchtenden Axiom geprägt.

Wie viele „Legenden“ kommt auch diese nicht von ungefähr. Die Heimwehren sahen sich - zumindest in der Phase ab Mitte der zwanziger Jahre - sehr wohl als bürgerliches Gegengewicht zum Schutzbund, freilich: als bürgerliche, nicht als exklusiv christlichsoziale Formation. Die Juniorpartner des Seipelschen Bürgerblocks, Großdeutsche und Landbund, waren in den Reihen der Heimwehr und ihrer Führungskader vielfach sogar überproportional gut vertreten. Die Heimwehr richtete ihre Stoßrichtung ganz eindeutig gegen die Sozialdemokratie, gegen den „Austromarxismus“, strebte im übrigen aber eine überparteiliche, „christlich-nationale“ Haltung an. Selbst bei politischen Gretchenfragen wie Anschluß und Restauration oder auch dem Antisemitismus bemühte sich die Heimwehr, zumindest in ihrer Hochphase um 1929/30, um merkliche Zurückhaltung. Die Devise lautete: Zuerst müsse man Ordnung im eigenen Haus machen, bevor man an derlei Zukunftspläne denken könne; willkommen sei, wer immer bereit sei, der Gefahr von links entgegenzutreten, ob es sich dabei nun um Arier handle oder nicht.

Der überparteiliche Charakter der Heimwehr, der bald ins antiparteiliche wechselte, hatte dabei noch mit einem weiteren Phänomen zu tun, das spätestens ab 1930 das Erscheinungsbild der Heimwehren prägte. Karl Renner brachte dieses Phänomen auf den einfachen Nenner: Marxistisch betrachtet, sind die Heimwehren nichts anderes als ein Aufstand gegen die bürgerliche Führung, sprich: die Führung der bürgerlichen Parteien (die von den Wählern her übrigens mehrheitlich immer noch bäuerlich waren). In der Heimwehr sammelten sich die alten Eliten der Monarchie, Adel und Offiziere, zusammen mit Teilen

der Hochbürokratie und Wirtschaftsgrößen, die nicht nur durch den Zusammenbruch der Monarchie eine scharfe Einbuße an Macht und Einfluß erlitten hatten, sondern mehr denn je politisch heimatlos waren: Aktive Offiziere verfügten vor 1918 nicht einmal über das Wahlrecht; der Hochadel orientierte sich nicht an den Parteien oder Lagern des Abgeordnetenhauses, sondern an den „Gruppen“ des Herrenhauses. Bürokratie und Wirtschaftseliten waren für Kontakte nach allen Seiten offen und mit niemandem, spätestens seit dem Verschwinden der Altliberalen, allzu eng „verbandelt“.

Den Zweck der Heimwehr aus der Sicht der bürgerlichen Parteien hat Ignaz Seipel, unbestreitbar das „Mastermind“ der Ersten Republik, knapp zusammengefaßt: „Wenn die Straße ein Argument ist, darf man sie nicht den Sozialdemokraten als Privileg überlassen.“¹ Die bürgerlichen Selbstschutzverbände, wie sie sich lange Zeit offiziell nannten, waren dazu da, das Gleichgewicht des Schreckens wiederherzustellen, mit Paraden, Aufmärschen und militärischen Exerzitien dem Schutzbund in nichts nachzustehen und Präsenz zu zeigen. Mit dieser Funktion als „Kettenhund“ der bürgerlichen Parteien waren die Führer der Heimwehren freilich immer weniger zufrieden. Warum nicht das Übel an der Wurzel packen und eine Gegenrevolution ausrufen, die mindestens so legitim wäre wie die „Revolution“ von 1918? Der niederösterreichische Landesrat Mittermann sekundierte ihnen da prinzipiell ebenso wie Pan-Europa-Gründer Graf Richard Coudenhove-Kalergi: Wer für den Matrosenputsch in Kiel schwärme, dürfe sich nicht über den Kapp-Putsch ereifern, wer den Mord an dem Ministerpräsidenten Graf Stürgkh feiere, dürfe sich nicht über das Attentat auf Kurt Eisner beschweren.²

Vor allem aber lockte die Gegenrevolutionäre der Heimwehr das Beispiel Mussolinis und seines „Marsches auf Rom“, der nur allzuoft mißverstanden wurde: Denn der „Marcia su Roma“ war kein Putsch, allenfalls eine Großdemonstration als wohlodosierte Drohung, die den König und das Militär dazu bewegen sollte, es doch mit einem Kabinett Mussolini zu versuchen. Doch für ein solches Manöver fehlten in Österreich die Ansprechpartner. Monarchen gab es keinen mehr. Bundespräsident Miklas war selbst nach der Verfassungsnovelle von 1929 derlei Experimenten abgeneigt: „Democratissimo e timoratissimo“ beschrieb ihn der Nuntius. So brachten es auch die Heimwehren – trotz unablässigen Geredes über einen Marsch auf Wien – im Herbst 1931 bestenfalls auf einen Marsch bis Amstetten, als einem ihrer Führer einmal die Nerven durchgingen.

Der Weg zur Macht öffnete sich im Jahr darauf pikanterweise just auf die Art und Weise, wie sie die Heimwehren immer zu verachten vorgegeben hatten – als parlamentarisches Zünglein an der Waage, gefolgt vom Feilschen um jede einzelne Stimme, denn auch mit der Disziplin der Fraktion war es nicht zum besten bestellt. Den Rest besorgten die Fehler ihrer Gegner, von der Geschäftsordnungspanne des Nationalrates im März 1933 bis zum Aufstand von Teilen des Schutzbundes im Februar 1934, der endgültig den Weg zum autoritären Regime freischoß, nicht mehr bloß als Übergangslösung, sondern als bewußte Alternative zur „Parteiendemokratie“. Die Heimwehren sonnten sich im Ruhm des „Austro-Fascismus“, so wie sie den Begriff eben verstanden; doch bereits zwei Jahre später war alles zu Ende: Bundeskanzler Schuschnigg spielte die Heimwehrführer gegeneinander aus und löste die Bewegung im Oktober 1936 auf.

Dieses Buch bezweckt eine möglichst präzise Verortung der Heimwehren in der politischen Szenerie der österreichischen Zwischenkriegszeit. Es ist die Geschichte einer wechselseitigen Instrumentalisierung zwischen den bürgerlichen Parteien und den Wehrverbänden, die einmal parallele Wege einschlugen, um dann wieder auf Kollisionskurs zu segeln. Dabei ging es um wechselnde taktische Konstellationen und weit weniger, als es oft den Anschein hat, um Ideologie. Eine Sozialgeschichte nicht des Führerkorps, sondern der „Männer in der Doppelreihe“ ließe sich beim gegenwärtigen Stand der Forschung aufgrund der Listen im Starhembergschen Archiv allenfalls für das Mühlviertel schreiben; dazu bedarf es wohl noch einer Reihe weiterer Mikrostudien. Auch der kulturgeschichtliche Aspekt, von der Sachkultur der Uniformen und Abzeichen bis zum Liedgut und der Belletristik, die im Umfeld der Heimwehren Anklang fanden, geht über den Rahmen der vorliegenden Arbeit weit hinaus. Auf regionale Besonderheiten wurde soweit wie möglich Rücksicht genommen; um eine spannende, aber komplexe Geschichte nicht noch weiter zu komplizieren, konzentriert sich die Erzählung jedoch in erster Linie auf den „roten“ (oder „weißgrünen“) Faden in der Bundespolitik.

Die Heimwehren liebten klangvolle Titel. Sie schwärmten für das Führerprinzip, aber nicht für flache Hierarchien. Verbunden mit regionalen Sonderentwicklungen, ergab sich daraus ein Wirrwarr von Bezeichnungen. In manchen Ländern rangierten die Kreise über den Gauen, in anderen war es umgekehrt. Ursprünglich nannten sich die politischen Chefs Landes-, Kreis- oder Gauleiter, die militärischen Landes-, Kreis- oder Gauführer. Da Führer doch viel imposanter klang, beanspruchten die politischen Leiter diese Bezeichnung schließlich für sich, die

bisherigen Führer wurden zu „Wehrführern“. Im wesentlichen habe ich versucht, den Leser mit solchen organisatorischen Details nicht über Gebühr zu belasten. „Heimwehr“ ist die in der Literatur wohl am häufigsten gebrauchte Bezeichnung; selbst bezeichneten sich die meisten Verbände als „Heimatschutz“, in der Anfangszeit als „Selbstschutzverbände“. Wiederum habe ich versucht, die Bezeichnungen außer in Direktzitatzen zu vereinheitlichen und spreche, um die Vielgestaltigkeit der Bewegung zu unterstreichen, in der Regel von Heimwehren im Plural.

Die Zeitgeschichte leidet - im Vergleich zur Historiographie früherer Epochen - besonders unter dem Phänomen der Wertungsexzesse. Karl Renner schrieb einmal, nichts sei abwegiger, als über die Oktoberrevolution „ein Sittengericht zu halten oder einen Heldengesang anzustimmen“. Diese Warnung wird auch bei weniger geschichtsmächtigen Ereignissen nur selten beherzigt. Die Professoren von anno dazumal, die in ihrer Vorlesung beim Tod des letzten Staufers angeblich regelmäßig in Tränen ausbrachen, gelten als lächerlich. In rezenten Epochen zählen unreflektiert-emotionale Reaktionen hingegen vielfach zum Standardrepertoire. Dabei ist die Zwischenkriegszeit der Ära persönlicher Betroffenheit längst entrückt. Die dreißiger Jahre sind heute von uns so weit entfernt wie damals der Krimkrieg oder die Revolution von 1848. Daß sich in fast hundert Jahren die gängigen Standards der öffentlichen und veröffentlichten Meinung verändert haben, ist eine Binsenweisheit, die nur allzuoft unbeachtet bleibt. Meines Erachtens tun wir gut daran, unserem Gegenstand ohne prinzipielle Voreingenommenheit zu begegnen. Wer dazu Lust hat, mag mit Rotstift seine ganz persönlichen Zensuren nachtragen.

Die Geschichte der Heimwehren und ihrer Rolle in der österreichischen Politik ist vor genau fünfzig Jahren von einem Dissertanten aus den amerikanischen Südstaaten, der bei Adam Wandruszka in Köln studierte, nämlich Clifton Earl Edmondson, kompetent zusammengefaßt und von seinem Landsmann Bruce Pauley um ein Bild der steirischen Szenerie ergänzt worden. Walter Wiltschegg hat Mitte der achtziger Jahre ein Kompendium vorgelegt, das aus seiner souveränen Kenntnis der Materie aus dem Vollem schöpfte. Sein Buch ist nach wie vor ein unentbehrliches Nachschlagewerk. All diese Werke sind nur mehr antiquarisch erhältlich; Edmondsons Studie ist nie ins Deutsche übersetzt worden. Inzwischen sind alle Zeitzeugen verstorben: Für Pauleys Frau schnitt Walter Pfrimer noch höchstpersönlich Rosen im Garten! Dafür verfügen wir heute über den gesamten Bestand der einschlägigen Documenti Diplomatici Italiani (DDI) für diese Jahre, die eine Fülle interessanter Aufschlüsse zu liefern vermögen. Der Doyen der amerikanischen Österreich-Forschung, R. John Rath (1910-2001), hat sie Ende der neunziger Jahre in einer Artikelserie das erste Mal systematisch ausgewertet. Die österreichischen Ministerratsprotokolle sind weitgehend ediert worden, auch wenn hier noch die eine oder andere Lücke klafft, weil Nachhaltigkeit offenbar nicht zu den Tugenden der Wissenschaftsbürokratie zählt. Soeben komplettiert wurde dafür die Aktenedition der Außenpolitischen Dokumente der Republik Österreich (ADÖ). Zugänglich sind die Parteiarchive der Großdeutschen und der Christlichsozialen, zum Teil auch die auf diverse Bestände verstreuten Protokolle des Landbundes.

Vor allem aber läßt sich aus privaten Nachlässen noch bisher unbekanntes Material schöpfen, das Edmondson, Pauley und Wiltschegg noch nicht zur Verfügung stand.

Besonders herzlich bedanken möchte ich mich in diesem Zusammenhang bei Fürst Georg Starhemberg (Schloßarchiv Eferding), Gräfin Hertha und Graf Dominik Revertera (Schloßarchiv Helfenberg) und Hofrat Georg Heilingsetzer, der mich in beide, von ihm betreute Archive begleitete; bei Baronin Gertraud Buttlar und dem inzwischen leider verstorbenen Grafen Heinrich Hoyos (Schloßarchiv Horn); bei Graf Ferdinand Traun-Abensperg für die Gastfreundschaft im Maissauer Familienarchiv; bei Hauptmann Andreas Danner, der mir die Benützung des Nachlasses von Friedrich Mayer, dem langjährigen Bundesstabsleiter der Heimwehren, in Linz ermöglichte. Gräfin Monika Draskovich war so freundlich, mir Einsicht in die Tagebücher ihres Vaters Graf Heinrich Salburg zu gewähren, und Herr Dr. Peter Kröhn, mir die Tagebücher seines Großvaters, des sagenumwitterten Generaldirektors der Alpine-Montan-Gesellschaft, Dr. Anton Apold, zur Verfügung zu stellen.

Von den „Profis“ möchte ich im speziellen danken: Im Wiener Archiv der Republik Heinz Placz, der mir „tellerfertig“ die Unterlagen zum Pfrimer-Putsch 1931 „servierte“, und meinen alten Freunden und Studienkollegen Rudolf Jeřábek, Robert Rill, Roman Eccher und Gerhard Artl, die mir stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden sind. Weit über das dienstlich Notwendige hinaus haben mich bei den Recherchen unterstützt: Johannes Schönner im Karl v. Vogelsang-Institut, Cornelia Sulzbacher im Oberösterreichischen, Alois Niederstätter im Vorarlbergischen, Gernot Obersteiner im Steiermärkischen und Christian Fornwagner im Tiroler Landesarchiv; Johann Weissensteiner im Wiener Diözesanarchiv; Harald Tersch als guter Geist der Bibliothek des Instituts für Geschichte; Robert Kaller im Institut für Zeitgeschichte, Michael Winter in der Bibliothek der Landespolizeidirektion Wien und

Gunter Perchtold in der Steiermärkischen Landesbibliothek. Justin Cavernelis-Frost half mir effizient und freundlich die gewünschten Materialien im Londoner Rothschild-Archiv aufzuspüren.

Für mündliche Informationen und Einblicke in familiäre Zusammenhänge zu Dank verpflichtet bin ich Frau Dr. Elisabeth Lehner, der Enkelin von Korvettenkapitän Alphons v. Kloss; Gabi Sailer, der Tochter von Staatssekretär Theodor Znidaric; Graf Uli Arco-Zinneberg, Neffe von Graf Max Arco; Gerhard Ambrosz-Rechtenberg, Großneffe Emil Feys; Baron Ernst Fräss-Ehrfeld, Sohn von „Pepino“ Fräss-Ehrfeld und einem Patenkind Starhembergs; Univ.-Prof. Dr. Jo Hanns Pichler als Assistenten von Walter Heinrich und Martin Pfundner als profundem Kenner der österreichischen Industriegeschichte. Die Freiherrn Andreas und Otto Fraydenegg-Monzello verhalfen mir dankenswerterweise zu einem Lokalausweis in St. Lorenzen, Michael Schiestl vom Stadtmuseum Judenburg wies den Weg zur Villa Pfrimer. Durch vielfältige Anregungen und Informationen beigetragen zu einem Bild der Epoche haben eine Reihe inzwischen leider verstorbener Zeitzeugen: Graf Kunata Kottulinsky, Franz Olah, Theodor Piffl-Perčević, Reinhard Spitzky, Graf Ernst Strachwitz, Graf Max Thurn-Valsassina, Heinrich Treichl und mein Lehrer Adam Wandruszka.

Durch zweckdienliche Hinweise und vielfache Unterstützung in der einen oder anderen Form haben sich um das Buch verdient gemacht: Isabella Ackerl, Baronin Claudia Fräss-Ehrfeld, Maddalena Guiotto, Zdislawa Röhsner, Marianne Sammer, Martina Winkelhofer, Emil und Elisabeth Brix, Heribert Artinger, Georg Gaugusch, Ernst Hanisch, Peter Melichar, Martin Moll, Paul Mychalewicz,

Klaus Reisch, Christian Reiter, Florian Schwanninger,
Helmut Wohnout und Christoph Zernatto.

Ein besonderer Dank gebührt schließlich Mario Strigl für seine Bereitschaft, dem trockenen Text durch Beistellung von Photographien und Postkarten aus seinem Archiv auf die Sprünge zu helfen. Mein Bruder Thomas entwarf die Karten, Daneček („Pingu“) half mit den Tücken der Textverarbeitung („Diese Technik ...!“). Wie immer war es eine Freude, mit Michael Hummel vom Ares Verlag und Günther Schneeweiß-Arnoldstein als Layouter dieses Buches zusammenzuarbeiten.

Wien/Pardubitz, im Juli 2016



*Zum Andenken an meinen Freund
Walter Wiltschegg (1914-2004),
der noch viel mehr über das Thema wußte.*

I. Einleitung:

Die „österreichische Revolution“ und die „Selbstschutzverbände“

In Österreich dürfe man sich nicht allzuviel an revolutionären Energien erwarten; hier, im Land der Operette, sei selbst die Republik auf kaiserlichen Befehl ins Leben getreten, schrieb der italienische Gesandte in Wien einmal. Ganz so glatt ging die Sache 1918 auch wieder nicht vonstatten; aber ein Körnchen Wahrheit steckt sehr wohl in dieser Sottise. Kaiser Karl I. ließ die Abgeordneten des alten Reichsrates im Oktober 1918 zu Nationalräten zusammentreten (ohne ihnen freilich gleich die volle Souveränität einzuräumen), er erklärte sich mit der Entscheidung des deutschösterreichischen Volkes über die Staatsform im voraus einverstanden (meinte mit Volk allerdings nicht unbedingt diesen Nationalrat). Seipel soll einmal gesagt haben: Man könne über die Frage, ob die österreichische Republik legal sei oder nicht, zehn Bände schreiben.³ Immerhin: Wenn Revolution laut Kelsen bedeutet: Bruch der Rechtskontinuität, dann wurde dieser Bruch im November 1918 recht gut verkleistert.

Für geeichte Marxisten verbanden sich mit dem ehrerbietigen Terminus „Revolution“ freilich ganz andere Konnotationen. Da ging es nicht um die mehr oder weniger

blutrünstige Form des Umsturzes (das, was Karl Renner frei nach Lassalle die „Heugabel-Variante“ der Revolution nannte), sondern um eine grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. In diesem Sinne war der Befund ein zwiespältiger. Otto Bauer kam in seiner Studie zur „Österreichischen Revolution“ (nach wie vor eines der besten Bücher zu den Jahren 1918-23) zwar zu dem Schluß, eine solche Revolution habe es zumindest in Deutsch-Österreich nicht gegeben: „Die Revolution, die das alte Habsburgerreich zerstört hat, war nicht unsere Revolution“, sondern bloß eine bürgerliche, nämlich eine Revolution des nichtdeutschen Bürgertums der Habsburgermonarchie, als Folge der Auflösung der kaiserlichen Armee. Für eine proletarische Revolution, in Nachahmung der Bolschewiki, sei in Mitteleuropa 1918 nicht der gegebene Zeitpunkt gewesen. „Der Sieg der Ententeheere hat die Revolution entfesselt und ihr zugleich unverschiebbare Schranken gesetzt.“⁴

Eine gesellschaftliche Umwälzung hatte in Österreich allerdings unübersehbar stattgefunden, nicht erst 1918; sondern sie hatte sich schon in den Jahren zuvor angekündigt. Die Mangelsituation des Krieges hatte die Bedeutung der (Ur-)Produzenten grell hervortreten lassen. Arbeiter und Bauern; daneben vielleicht noch die Soldaten, als Herren über die Umverteilung, über Requisitionen und Einquartierungen. Der Mittelstand, das Bürgertum, drohte – bis auf eine dünne Schicht wildumfahdeter „Kriegsgewinnler“ – unter die Räder zu kommen: Die Inflation fraß ihre Ersparnisse; der Mieterschutz entwertete den Hausbesitz; die staatliche Bewirtschaftung verdrängte den Handel. Auch der Bedarf an schöngeistigen Produkten, an Kunst und Wissenschaft, hielt nicht Schritt mit dem Bedarf an Gütern mit einer viel geringeren Nachfrageelastizität wie Brot und Kartoffeln.

Die politischen Veränderungen unterstrichen und beschleunigten diesen Trend nur noch. Das alte Österreich war keine Demokratie gewesen, auch wenn der Reichsrat seit 1907 aus dem allgemeinen (Männer-) Wahlrecht hervorging, aber es kam - bis auf die Jahre des Kriegsabsolutismus 1914-17 - einer funktionierenden Gewaltenteilung relativ nahe. Das Parlament kam seiner Rolle als Legislative nach und verabschiedete Gesetze (die immer noch der kaiserlichen Genehmigung bedurften); der Monarch ließ sich die Kontrolle über die Exekutive, Regierung und Beamtenschaft nicht aus der Hand nehmen. Nicht daß es keine Beschwerden über Protektion und Korruption gegeben hätte, über die Unterwanderung von einzelnen Ressorts mit Gesinnungsgenossen oder Konnationalen des einen oder anderen Ministers; aber im wesentlichen bewahrte die Hochbürokratie ihr Eigenleben, blieb der Einfluß gerade der Massenparteien auf ganz wenige Einfallspforten beschränkt.

Mit der österreichischen Revolution 1918 änderte sich dieser Zustand grundlegend - die tonangebenden Sozialdemokraten mißtrauten der Gewaltenteilung; sahen in ihr einen Hemmschuh der Volkssouveränität. Die 1920 verabschiedete Bundesverfassung kannte zwar ein Staatsoberhaupt (Präsidenten) und eine zweite Kammer (den Bundesrat), beide jedoch ohne wesentliche Befugnisse. Die Regierung war nicht bloß vom Vertrauen des Parlaments abhängig, sie wurde direkt von der „Kammer“ gewählt; die Parteien teilten den Staat unter sich auf, das Parlament ohnehin: Das Persönlichkeitswahlrecht in den Einerwahlkreisen der Monarchie wurde durch das Listenwahlrecht ersetzt; die Zusammensetzung der Liste bestimmten nicht die Wähler, sondern die Parteigremien.

Die Parteienlandschaft der Republik war von politischen Lagern geprägt, die ideologische und ökonomische Kriterien vielfach vereinten. Die Mehrheit der Arbeiter wählte sozialdemokratisch; die Mehrheit der Bauern christlichsozial; die Mehrheit des städtischen Bürgertums national-freiheitlich, das hieß ab 1920: in der Regel die Großdeutsche Volkspartei (zumindest außerhalb Wiens). Die Struktur der drei politisch-weltanschaulichen Lager war eine im ganzen katholischen Europa geläufige. Das Alleinstellungsmerkmal (Deutsch-)Österreichs bestand in der relativen Geschlossenheit dieser drei Lager. Überall sonst in Europa hatte sich die Arbeiterbewegung im Gefolge der Russischen Revolution in Kommunisten und Sozialdemokraten gespalten, oft noch mit einer dritten Gruppe von „Maximalisten“ dazwischen; in Österreich verteidigte die Sozialdemokratie die Einheit der Arbeiterbewegung als höchstes Gut und das mit Erfolg. Die KPÖ kam über eine Nischenexistenz im Null-Komma-Bereich nicht hinaus. Das bedeutete im Umkehrschluß freilich auch: Die radikalen Kräfte, die anderswo das Substrat der Kommunisten ausmachten, waren in Österreich weiterhin Teil der „austromarxistischen“ Sozialdemokratie - ein Befund, den Heimwehrjournalisten nicht müde wurden, ihren Lesern einzuhämmern.

Freilich: Ganz ähnlich war es auch um die Parteien auf der Rechten bestellt. Die Christlichsoziale Reichspartei vereinigte Lueger-Schüler und alpine Konservative, Republikaner und Monarchisten, Nutznießer und Verlierer des Umsturzes von 1918, Anhänger und Verächter der Demokratie, Agrarier und städtische Konsumenten; der vielbeschworene Gegensatz von Arbeit und Kapital, der Theoretiker der christlichen Soziallehre so sehr in Atem hielt, war verglichen damit vernachlässigenswert. Das national-freiheitlich-bürgerliche Lager war auf dem Boden

der Republik (sprich: nach dem Verlust seiner Hochburgen in den Sudetenländern) eben nur mehr das „dritte Lager“ und immer schon berühmt für seine Uneinigkeit und Zersplitterung. Doch selbst hier gelang 1920 mit der Gründung der Großdeutschen Volkspartei ein Schulterschuß, der ganz unterschiedliche Temperamente in einer Fraktion vereinigte; von unentwegten Schönerianern, die Katastrophenpolitik betreiben wollten, bis zu bürgerlichen Pragmatikern, die retten wollten, was noch zu retten war, von „altem“ und „neuem“ Mittelstand, Beamten und Industrie: eine Zeitlang segelten selbst die antiklerikalen Bauern, der spätere Landbund, unter ihrer Flagge.

Die Folgen dieser auf den ersten Blick so kompakten und übersichtlichen politischen Landschaft werden deutlich im Vergleich mit der Weimarer Republik, der sich Deutsch-Österreich ja früher oder später anschließen wollte. Dort gab es je eine sozialistische, katholische und liberale Partei, die sich im Rahmen der Weimarer Koalition unter die „schwarz-rot-goldenen“ Gründungsväter der Republik einreichte (Sozialdemokraten, Zentrum, linksliberale DDP), und eine andere, die zumindest in den Anfangsjahren in der Opposition verharrte: Kommunisten, (katholische) Bayerische Volkspartei und Liberal-Konservative (DVP und DNVP). In Österreich hingegen ließ sich das prinzipielle, „weltanschauliche“ Bekenntnis zu einem „Lager“ und die pragmatische, aus der Einschätzung der augenblicklichen Lage erwachsende Wahl der jeweiligen Partei nur schwer voneinander trennen. Die eigentlichen Auseinandersetzungen verlagerten sich innerhalb der Parteien, wurden im Konklave der Hinterzimmer, der „smoke-filled rooms“, unter Ausschluß der Öffentlichkeit erörtert.

Damit waren auch die Möglichkeiten einer parlamentarischen Mehrheitsbildung auf einige wenige Varianten reduziert: Die Christlichsozialen hatten noch 1911 über 50 %, 1907 sogar fast 60 % der Stimmen auf dem Gebiet der späteren Republik auf sich vereinigt; das Jahr 1919, die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung, stellte für sie ein Wahldesaster dar, das allenfalls noch durch die Stimmen der erstmals wahlberechtigten Frauen einigermaßen aufgefangen wurde. Eine absolute Mehrheit verfehlte die Sozialdemokratie bei den Männern 1919 nur um Haaresbreite. Rund 20 % verteilten sich auf die diversen Listen des freiheitlichen Spektrums; 1920 dann immerhin 12 % auf die Großdeutsche Volkspartei. Der Konzentrationsregierung der Umsturzwochen folgte 1919/20 eine Große Koalition von „Rot“ und „Schwarz“; ab 1922 der „Bürgerblock“ zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen (1927 ergänzt um den Landbund, der sich inzwischen selbständig gemacht hatte).

Eine „rot-blaue“ Kombination wurde hin- und wieder angedacht; vorerst aber für zu riskant befunden: Die Sozialdemokraten wollten sich nach 1920 zunächst überhaupt nicht an einer „bürgerlichen“ Regierung beteiligen; die Großdeutschen fürchteten bei einer Links-Koalition das Wegbrechen eines Großteils ihrer Wähler. Als einzige Alternative behalf man sich 1920-22 mit einem Muster aus der Monarchie; einer Beamtenregierung, die sich politisch neutral verhalten sollte, allenfalls einzelne „Aufpasser“ aus den Reihen der Parteien ins Kabinett aufnahm. Johannes Schober, als letzter kaiserlicher Polizeipräsident von Wien, erwies sich schon 1921/22 als prädestinierter Kandidat für eine solche Lösung. Die Parteien konnten so die Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen delegieren (oder gänzlich abschieben),

freilich nur bis zu einem gewissen Grad: Denn wirkliche Weichenstellungen oder einschneidende Maßnahmen ließen sich von derlei Regierungen nicht umsetzen.

Einschneidende Maßnahmen ließen sich 1921/22 freilich nicht mehr länger hinausschieben. Deutsch-Österreich lebte seit 1918 zwar keineswegs gut, aber immer noch über seine Verhältnisse. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Das Territorium der Republik war es gewohnt, Rohstoffe und Nahrungsmittel aus den Gebieten der alten Monarchie zu beziehen und dafür mit Dienstleistungen zu bezahlen, für die es nach 1918 keine Nachfrage mehr gab. Das galt nicht nur für die staatliche Verwaltung, die „verländert“ wurde; auch die Privatwirtschaft in den Nachfolgestaaten war dem Gebot der „Entösterreicherung“ unterworfen. Im Falle des Anschlusses hätte das Deutsche Reich für die Zahlungsbilanzlücke aufkommen müssen, die sich hier auftat. Das war nicht das eigentliche Motiv für den Anschlußgedanken; aber immerhin eine bequeme Ausrede: Wenn die Entente diese Lösung untersagte, sollte eben sie für das Defizit aufkommen. Ist der Ruf einmal ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert: Inzwischen kaufte Österreich zu Weltmarktpreisen die Nahrungsmittel ein und gab sie verbilligt an die Konsumenten ab. Diese Lebensmittelsubventionen umfaßten 1921 schon fast die Hälfte des Budgets. Die Inflationsspirale drehte sich immer schneller; der Kurs der Krone fiel ins Bodenlose - bis sie Ende 1921 im Ausland einfach nicht mehr gehandelt wurde, sprich: man überhaupt nichts mehr einkaufen konnte.

Damit war der sprichwörtliche Punkt erreicht: Es muß was g'schehen, sonst g'schiecht was. Das Problem - und seine Lösung - klingt heutzutage vielleicht nicht mehr ganz so exotisch wie noch in den siebziger Jahren, im Vollgefühl keynesianischer Machbarkeitsphantasien. Österreich

brauchte kurzfristig einen Überbrückungskredit, um die Versorgung sicherzustellen; mittel- und langfristig ein Sanierungsprogramm, das bei Budget und Handelsbilanz für schwarze Zahlen sorgte. Das war der Moment Ignaz Seipels, seit 1921 Obmann der Christlichsozialen Partei. Seipel sorgte, unter der Ägide des Völkerbundes (Genfer Protokolle vom Oktober 1922), im Frühjahr 1922 für die erste wirkliche bürgerliche Koalition der Ersten Republik mit den Großdeutschen und für den Kredit; beides, indem er das Schreckgespenst an die Wand malte, der Staat werde sonst zerfallen oder auf die Nachbarn aufgeteilt werden. (Für die Großdeutschen wurde diese Parole auf die Formel gebracht: Wer am Anschluß festhalte, müsse dafür sorgen, daß späterhin überhaupt noch etwas da sei, was man anschließen könne.)

Vor allem aber sorgte Seipel für Kontrolle. Der neue Kanzler traute seinen Landsleuten nicht zu, einen rigorosen Sparkurs auch wirklich durchzuhalten. Dieses Mißtrauen erstreckte sich nicht bloß auf die Sozialdemokraten, sondern auch auf den Koalitionspartner und seine eigenen Parteifreunde in den Ländern. Einer seiner Vertrauten, der Großhändler Julius Meinl, ließ in London die Katze aus dem Sack: Österreich brauche die Kontrolle mehr als die Kredite! Hermann Kandler, der Obmann der Großdeutschen, brachte es auf den Punkt: „Wir verfügen über keine Gewalt. Wir brauchen darum den auswärtigen Druck.“⁵ Seipel setzte mit der Genfer Sanierung eine „virtuelle Gegenrevolution“ in Gang; eine Gegenrevolution, gestützt auf die Bedingungen der Auslandsgläubiger. Das war nicht populär, aber effektiv. Otto Bauer zollte dem „waghalsigen Spiel“ seines Gegners allen Respekt: „Der 4. Oktober 1922 war Seipels Revanche für den 12. November 1918.“ Das Gleichgewicht der Klassenkräfte sei in dem Moment

aufgehoben worden, als sich „die Staatsgewalt unter den Schutz des Auslands flüchtete“.⁶

Freilich, um die Kontrolle des Budgets auf eine auswärtige Instanz zu übertragen, und sei es auch auf einen Kommissar des Völkerbundes, bedurfte es einer Bestimmung im Verfassungsrang, sprich: einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Nationalrat. Da führte folglich erst recht kein Weg an der Sozialdemokratie vorbei, die Seipels Strategie mit einem ebenso hintergründigen Manöver beantwortete. Die Sozialdemokraten argumentierten, man könne sich auch am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen, wenn nur der Wille vorhanden wäre, anstelle des Kredits auf die Guthaben der Bourgeoisie zurückzugreifen; daß sie mit diesem Vorschlag bei der Regierung auf keine Gegenliebe stießen, dürfte sie kaum verwundert haben. Deshalb entfesselten sie zugleich eine Kampagne gegen die Unterwerfung unter das Finanzkapital der Entente, die insbesondere auf die Emotionen der großdeutschen Wählerschaft zielte, bloß um am Ende verächtlich festzustellen, das nationale Bürgertum fühlte und dachte gar nicht mehr national, sondern nur noch bürgerlich.⁷ Schließlich aber stimmten die Sozialdemokraten im Parlament zwar gegen die Genfer Protokolle - ließen die Verfassungsbestimmungen, die zu deren Umsetzung nötig waren, aber passieren: Man wollte der Regierung Seipel ganz offensichtlich Leine geben, um sich daran zu erhängen.

Im Rahmen der Kreditverhandlungen war immer wieder auch das Thema zur Sprache gekommen, wie es denn um die innere Sicherheit der bankrotten Republik bestellt war. Die potentiellen Geldgeber konnten sich da eines gewissen Unwohlseins nicht erwehren. Österreich verfügte aufgrund des Friedensvertrages von Saint-Germain über ein Berufsheer von maximal 30.000 Mann. Die Mannschaft

dieses Bundesheeres bestand überwiegend, ja fast ausschließlich aus sozialdemokratischen Parteigängern. Dieser Befund war deshalb so leicht zu erstellen, weil die Soldatenräte der Umsturzeit als Betriebsräte des Bundesheeres, als Vertrauensmänner weiterlebten, die jährlich neu gewählt wurden. Bloß die „Roten Garden“, die Einheiten, die kommunistisch durchsetzt und 1919 mehrfach an Unruhen beteiligt gewesen waren, waren inzwischen aus dem Verkehr gezogen worden. Was es daneben auch 1922 noch gab, waren Arbeiterwehren, die vor Ort immer wieder einmal das Gesetz in die eigene Hand nahmen, zuweilen auch jenseits der Bestimmungen des Gesetzes auf eigene Faust beispielsweise Requisitionen vornahmen, zum Teil auch in vorausseilendem Gehorsam von ängstlichen Landesregierungen dazu ermächtigt worden waren.

Die Sozialdemokratie war eine disziplinierte Partei: Sie versuchte diese Erscheinungen in den Griff zu bekommen, ihren weit vorgeschobenen linken Flügel zu integrieren; sie vermerkte freilich auch mit Wohlgefallen, daß derlei Übergriffe dazu angetan waren, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wie Otto Bauer ohne Heuchelei offen zugab: Man habe die „Hochflut der mitteleuropäischen Revolution, jenen Monat, in dem in Budapest und in München zugleich die Sowjetdiktatur herrschte, ausgenützt, um dem Unternehmertum das Betriebsrätegesetz aufzuzwingen“, ja „weitestgehende Zugeständnisse abgetrotzt, die innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt noch möglich“ seien.⁸ In diesem Sinne urteilte das *Linzer Tagblatt* damals gönnerhaft: Die Nationalversammlung „arbeitet, und sie arbeitet - unter dem Druck des drohenden Proletariats - nicht schlecht“. Man könne mit ihr vorläufig das Auskommen finden. „Freilich muß der Pakt mit der

Demokratie kein ewiger sein. Er ist uns durch eine besondere Notlage aufgezwungen.“⁹ Das war so locker formuliert, um den linken Flügel bei der Stange zu halten; es gab die Machtverhältnisse gut wieder.

Freilich: Paramilitärische Verbände und außerparlamentarische Machtzentren gab es nicht bloß auf der Linken. Bereits in den Umsturztagen hatten sich, parallel zu den Ordnern der Arbeiterräte, lokale Selbstschutzverbände bürgerlichen und bäuerlichen Zuschnitts herausgebildet. Diese Formationen waren anfangs mehr gegen den Aspekt der österreichischen Revolution gerichtet, den Otto Bauer als Sieg der nationalen Bourgeoisie in den Nachfolgestaaten umschrieben hatte. Es ging um Grenzstreitigkeiten, wie zum Beispiel in der Untersteiermark oder in Kärnten, daneben um Schutz vor den Massen zurückflutender Soldaten entlang der Bahnlinien, so in Graz oder in Tirol, bis hin zu Flurwachen, wie sie Josef Stöckler, der Chef des Niederösterreichischen Bauernbundes, empfahl. Später nahm die Gemeinde Igls in Anspruch, am 13. November 1918 – dem ersten Tag der Republik – die erste Heimatwehr organisiert zu haben.¹⁰ Doch auch der junge Starhemberg schrieb schon ein paar Tage später an seinen Vater, in der Umgebung von Linz hätte sich „gegen herumstreunende Banden eine regelrecht organisierte Bürgerwehr“ gebildet, unter einem Leutnant und einem Grafen Walterskirchen; er selbst sei Kommandant in Auhof, dem Vorort, wo die Familie ein Schloß besaß (das heute die Universität Linz beherbergt).¹¹ Hatten diese Selbstschutzverbände einmal Form angenommen, so lag sehr wohl auch eine innenpolitische Instrumentalisierung nahe, im Sinne eines Gegengewichts zur militanten Linken, in Verbindung mit ähnlichen Bewegungen in Bayern oder

Ungarn, wo auch tatsächlich Revolutionen stattgefunden hatten.

Aus diesen ephemeren, grenzüberschreitenden Allianzen entwickelte sich ein bunter Reigen politischer Intrigen und Querverbindungen, quer über die Grenzen der weltanschaulichen Lager hinweg, den Ludger Rape im Detail analysiert hat. Bayerische Separatisten gaben sich ein Stelldichein mit österreichischen Großdeutschen, abgebaute alldeutsche Offiziere mit österreichischen Katholiken. Vermutlich haben alle Beteiligten dabei auch kräftig übertrieben, was ihren Anhang oder die Schlagkraft ihrer Verbände betrifft. Um so erstaunlicher war das vorläufige Endergebnis: nämlich null. Die Selbstschutzverbände der Frühzeit, mit ihren hochtrabenden Titeln und weitreichenden Zielen, hatten keinen Bestand. Die Rückendeckung aus Bayern fiel weg, sobald der Spuk der Räterepublik vorbei war und die Entente dort auf Entwaffnung drängte; das italienische Experiment des „Marcia su Roma“ im Oktober 1922 war noch allzu neueren Datums, um als Exportschlager bereits Werbewirksamkeit zu entfalten.



Standartenweihe der Heimwehren in Klagenfurt am 23. September 1923

In Österreich kam es Anfang 1923 zu einer Weichenstellung: Bundeskanzler Seipel hatte in der Anfangsphase der Sanierung offenbar kurz einmal damit geliebäugelt, den Selbstschutzverbänden eine Rolle in seinem Konzept zu übertragen. Leider bleibt vieles an dieser Episode im Dunkeln; sie wird von allen Beteiligten gleichsam nur im Vorübergehen erwähnt. Auffällig ist, daß es sich bei den damaligen Protagonisten um dieselben handelt, die auch vier, fünf Jahre später die Hauptrolle spielten: Seipel - und den Tiroler Bundesrat Steidle, der Papierform nach beide Christlichsoziale, die damals jedenfalls nicht zueinanderfanden. Seipel bestand auf einer Vereinheitlichung der Selbstschutzverbände, sprich: der Unterordnung Steidles unter eine Bundesführung, ließ den Plan - Angebot oder auch Übernahmedrohung - jedoch erstaunlich rasch fallen, als sich Widerstände zeigten. Der